Eine revolutionäre oder gegenrevolutionäre Bewegung muß, wenn sie Erfolg haben will, von den Massen getragen sein, die durch irgendeine politische Idee oder eine soziale Strömung aufgerüttelt und hingerissen werden. Sind die Voraussetzungen dafür heute gegeben? Kaum. Der Kapp-Putsch barg für sein Gelingen gewisse psychologische Möglichkeiten, die, wie sich nachher herausstellte, allerdings nicht ausreichten. Zwei große Rechtsparteien waren damals in schroffster Opposition gegen die Regierung, an deren Spitze ein sozialdemokratischer Reichskanzler stand. In weiten Kreisen war die Ansicht verbreitet, daß die Nationalversammlung, nachdem die Verfassung schon vor Monaten verabschiedet war, überaltert sei. Die Frage der Präsidentenwahl war in der Presse aufgerollt und eine Verfassungsrevision zugunsten des Parlaments vorgeschlagen worden. In der Arbeiterschaft zitterten noch die Rückwirkungen des Kampfes um das Betriebsrätegesetz nach. Viele Tausende von Soldaten sollten, dem Versailler Friedensvertrage gemäß, entlassen und die alte Armee damit restlos aufgelöst werden. Alle diese Momente versprachen, zusammengenommen, einen gewissen Erfolg. Trotzdem brach der gegenrevolutionäre Putsch nach wenigen Tagen zusammen. An der passiven Abwehr der Beamten, der Arbeiterschaft und des republikanischen Bürgertums scheiterte er. Und heute? Hat die Deutschvölkische Freiheitspartei wirklich geglaubt, daß die von der preußischen Regierung für Ende März angekündigte Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände eine zugkräftige Parole zum Loschlagen sei, um die Massen in Bewegung zu setzen? Für so töricht können wir die Herren Gräfe und Henning nicht halten. Auch der Versuch, das rote Schreckgespenst an die Wand zu malen und so das Bürgertum einzuschüchtern, konnte kaum ernsthaft in Frage kommen, da gegen derartige plumpe Manöver selbst der ängstlichste Philister heute schon gefeit ist. Bleibt nur noch eins übrig: die Hoffnung, den Staat durch die illegalen militärischen Kadres regelrecht überrumpeln und erobern zu können. Durften die deutschvölkischen Kreise auf einen Beistand der Reichswehr und der Schutzpolizei rechnen oder auch nur auf eine wohlwollende Neutralität? Nein. Einige aktive Offiziere mögen sich zu unüberlegten Konspirationen haben verleiten lassen. Diese Leute werden unnachsichtlich aus dem Heere entfernt werden müssen. Aber das Gros der Offiziere, von den Soldaten gar nicht erst zu reden, scheint in dieser Hinsicht intakt zu sein. Dazu eine Bemerkung. Wie im Landtage behauptet wurde, hätten sich auch mehrere Offiziere in Potsdam an einer Verschwörerkonferenz unter der Leitung des ehemaligen Leutnants Roßbach beteiligt. Wie wir feststellen konnten, handelt es sich im ganzen um drei Herren, von denen aber einer auf ausdrücklichen Befehl des Reichswehrministeriums daran teilnahm, um sich über das, was vorging, zu unterrichten. Es bleiben also nur noch zwei Schuldige. General v. Seeckt, der Chef der Armee, hat die zuständigen Regierungsstellen schon seit langem vor den Umtrieben Roßbachs gewarnt, und es muß, auch in diesem Zusammenhange, der Wahrheit gemäß hervorgehoben werden, daß das preußische Ministerium des Innern in all diesen unerquicklichen Dingen im engsten Einvernehmen mit dem Reichswehrministerium gearbeitet hat.

Sache der preußischen Regierung wird es nunmehr sein, auf dem Verwaltungswege für eine strikte Durchführung der Auflösungsverordnung zu sorgen. Gleichzeitig wird der Reichsminister des Innern auf eine einheitliche Behandlung der Frage im ganzen Reiche dringen müssen. Das wird sich sowohl gegen rechts wie gegen links zu richten haben. Wir verkennen die Schwierigkeiten, die sich dabei einerseits mit Bayern, anderseits mit Sachsen-Thüringen ergeben, nicht. Aber es liegt, aus außen- und innenpolitischen Gründen, eine dringende Staatsnotwendigkeit vor, hinter der alle partikularen oder persönlichen Interessen zurücktreten haben.

Das Rededuell in der Pariser Kammer.

Die Abstimmungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 23. März.

Der Radikale Albert Favre: „Ich beantrage, daß der Herr Ministerpräsident zur Ordnung gerufen wird." (Beifall links, höhnische Zwischenrufe auf der Rechten.)

Poincaré: „Ich übernehme für meine Worte die volle Verantwortung. Der Mensch, der auf der Tribüne steht, hat gewagt, zu behaupten, daß es gegen mich **oder die Meinen** ehrenrührige Aufzeichnungen gäbe, und daß ich fürchte, sie könnten veröffentlicht werden. Er hat gelogen. (Beifall auch auf vielen Bänken der Linken.) Sie suchen die Jesuiten auf der Rechten dieses Hauses. Die Jesuiten sitzen auf der äußersten Linken." (Proteste und Beifall.)

Berthon: „Ich habe die Worte nicht ausgesprochen, die Sie mir zuschreiben."

Der Sozialist Bracke fragt den Vizepräsidenten der Kammer, ob er es für erlaubt halte, daß der Ministerpräsident ein Mitglied des Hauses und eine ganze Fraktion des Hauses beleidige.

Vizepräsident Landry: „Ich kann das Reglement der Kammer nicht für ein Mittel des Senats anwenden!" Auf diesen Versuch, Poincaré, der Senator ist, zu decken, protestiert die Linke so stürmisch, daß Landry sich den Hut aufsetzt. **Die Sitzung ist unterbrochen.**

Als sie um 12 Uhr von neuem beginnt, spricht der Vizepräsident Landry einige Worte. Er schlägt der Kammer vor, gegen Berthon wegen der „schändlichen Beleidigung" des Ministerpräsidenten die Zensur zu verhängen.

Berthon: „Ich beantrage, aus dem stenographischen Bericht festzustellen, daß ich kein Wort ausgesprochen habe, das als eine Beleidigung zu bezeichnen ist. Hingegen sind meine Freunde und ich als Agenten Deutschlands und Verräter bezeichnet worden. Weshalb? Weil ich mir erlaubt habe, es seltsam zu finden, daß ein Mann, der Präsident der Republik gewesen ist, so ungewöhnlich liebenswürdig gegen Herrn Daudet ist, der kein Hehl daraus macht, daß er die Republik stürzen will. Was ich gemeint habe, kann ich ruhig wiederholen. Es ist bekannt, daß im Jahre 1912 von einigen Zeitungen scharfe Angriffe gegen Herrn Poincaré gebracht wurden. Damals wurde sogar Deschanel beschuldigt, diese Angriffe veranlaßt zu haben."

Der Kriegsminister Maginot: „Bringen Sie nicht den Namen Deschanels in Zusammenhang mit Ihren Gemeinheiten!"

Berthon: „An diesem Verleumdungsfeldzug haben wir Männer der Linken niemals teilgenommen. Wir haben ihn mißbilligt. Daudet war mit unter den Angreifern. Ich habe gefragt, ob er versucht, durch seine geheimen Aufzeichnungen den Ministerpräsidenten einzuschüchtern. Ich wiederhole es und gebe mein Ehrenwort darauf, daß ich Herrn Poincaré weder beleidigt habe, noch beleidigen will."

Kriegsminister Maginot: „Sie haben von einem geheimen Aktenstück geredet. Eine solche Andeutung ist noch schlimmer, als eine Beleidigung, weil sie feiger ist."

Berthon: „Ich weiß von keinem Aktenstück. Aber ich habe gesagt, daß im Jahre 1913 Dokumente gegen Herrn Poincaré, damals Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, zusammengestellt worden sind, und die einzige Frage, die ich gestellt habe, lautet: Ob sich der Ministerpräsident durch eine Drohung mit diesen Dokumenten einschüchtern läßt."

Nach aufgeregten Bemühungen, aus dem Protokoll festzustellen, was Berthon eigentlich gesagt habe, erklärt ein Mitglied des Kammerbureaus, er habe verstanden, daß Berthon sagte, „der Ministerpräsident fühlt sich und seine Familie durch die Geheimakten Daudets bedroht".

Berthon: „Ich habe das nicht gesagt!"

Maginot: „Sie lügen!" (Lärm.)

Der Kommunist Vaillant-Couturier stürzt auf den Kriegsminister zu und wird von anderen Abgeordneten zurückgehalten. **Der Kammerpräsident unterbricht die Sitzung zum zweiten Male.**

Als die Sitzung der Kammer nachmittags 3 Uhr wieder beginnt, ist zu bemerken, daß der Burgfrieden wieder hergestellt ist. Auf dem Präsidentenstuhl sitzt nicht mehr der stellvertretende Präsident Landry, der sich in dem Lärm nicht zu helfen wußte, sondern Peret, der den letzten Akt des Schauspiels sehr wirkungsvoll inszeniert hat. Als der Ministerpräsident Poincaré den Saal betritt, wird er mit großem Beifall empfangen. Der Deputierte Berthon erhält das Wort, um sich über die ihm angedrohte Verhängung der Zensur zu äußern. Da aus dem Stenogramm festgestellt worden ist, daß tatsächlich nicht von einem geheimen Aktenstück gesprochen wurde, sondern daß Poincaré in seiner Erregung das verfängliche Wort zu hören glaubte, so ging dieser Zwischenfall schmerzlos vorüber.

Berthon: „Ich erkläre noch einmal, daß ich den Ministerpräsidenten nicht beleidigt habe. Ich habe von Diktat und Erpressung gesprochen, wobei ich Daudet meinte, aber die Worte, durch die sich Herr Poincaré verletzt fühlte, habe ich nicht gebraucht. Hätte ich diesen Ausdruck angewandt, dann würde ich ihn zurücknehmen." (Beifall.)

Der Präsident der Kammer: „Da die beleidigenden Worte formell zurückgenommen sind, liegt zur Verhängung der Zensur kein Grund vor."

Berthon: „Bitte, ich habe nichts zurückgenommen, da ich nichts gesagt habe."

Der Vorsitzende: „Der Zwischenfall ist erledigt. Abgeordneter Bracke hat das Wort zu einem Antrag auf Vertagung der Diskussion über das Budget."

Bracke: „Es ist möglich, daß bei einer Diskussion über die Ruhrbesetzung unüberlegte Worte gesprochen werden könnten, die der Ministerpräsident fürchtet; aber mir erscheint es als weit gefährlicher, daß täglich noch unüberlegtere Artikel über den gleichen Gegenstand in den Zeitungen abgedruckt werden — und zwar nicht in den Zeitungen der Linken. Deshalb bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten, daß er selbst eine Diskussion über die Ruhrbesetzung herbeiführt und den Tag der Debatte noch vor Ostern bestimmen möge. In diesem Falle werde ich meinen Vertagungsantrag zurücknehmen." (Beifall.)

Poincaré: „Ich kann nur wiederholen, daß ich am Dienstag in der Finanzkommission erscheinen und auf die mir gestellten Fragen Antwort geben werde. Wenn die Kammer eine Diskussion vor Ostern wünschen sollte, so stehe ich zur Verfügung."

Bracke: „Das ist nicht ganz das gleiche. Ich nehme an, die Regierung müßte die Diskussion wünschen."

Poincaré: „Ich denke, wir wollen die Beratung nicht aufhalten; wenn die gedrängte Tagesordnung der nächsten Sitzung es gestattet, will ich gern über die Ruhraktion Erklärungen abgeben."

Bracke: „Der Ministerpräsident will zwar gern noch vor Ostern über die Ruhraktion sprechen, aber er läßt erkennen, daß seine Absicht noch auf viele Schwierigkeiten stoßen wird. Unter diesen Umständen halte ich meinen Antrag auf Vertagung aufrecht, damit wir sofort in die Diskussion über die Ruhraktion eintreten können."

Dieser Antrag wird **mit 450 gegen 66 Stimmen abgelehnt.** Inzwischen aber hat der Vorsitzende der Finanzkommission, Dariac, mit Poincaré gesprochen und schlägt vor, daß über den Sonderkredit für die Ruhrbesetzung in der ersten Sitzung des nächsten Freitags, also am Karfreitag, gesprochen wird. Abgeordneter Bracke erklärt sich damit einverstanden. Die Kammer nimmt den Antrag an. Dann geht die Beratung über das Budget weiter, und der Kriegsminister Maginot erhält Gelegenheit, noch einmal patriotische Trompetenstöße loszulassen. Es gibt ein paar Zusammenstöße mit den Kommunisten. Der Kriegsminister wirft dem Abgeordneten Vaillant-Couturier vor, daß er angreife. Dieser erwidert, daß seine Angriffe nur dem Kriegsminister gelten. Am Schluß werden dann die fünf Milliarden, die für das Budget gebraucht werden, **mit 474 gegen 70 Stimmen bewilligt.**

*

Im Verlaufe der Kammerdebatte erklärte der Kriegsminister Maginot noch, daß die Regierung genötigt sei, **die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20 000 Mann zu erhöhen.**

Rede des Reichskanzlers in Stuttgart.

Der Empfang im Rathaus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Stuttgart, 23. März.

Der Reichskanzler besuchte nach der Kabinettssitzung das Landtagsgebäude. Präsident Walter begrüßte ihn im Beisein des Vizepräsidenten Roth und der Abgeordneten Bazille, Bickes, Ulrich und Schefk. In seiner Begrüßungsansprache versicherte der Präsident dem Reichskanzler der Treue und Mithilfe der Staaten zum Reich, um den Kampf am Rhein und Ruhr erfolgreich beendigen zu können. Der Kanzler wies in seiner Antwort auf die notwendige Zusammenarbeit zwischen Regierung und Volksvertretung hin. Unbedingtes Vertrauen zu einander sei erforderlich, um einen Erfolg für Deutschland in den jetzigen schwierigen Zeiten zu erreichen. Er habe die Zuversicht, daß das deutsche Volk die geschlossene Einheit behalten und daß auch das württembergische Volk in der Treue am Reich festhalten werde. Trotz aller Sorgen, Anstrengungen und Leistungen brauche man an der geschlossenen Einheit und dem unbedingten Vertrauen an der Zukunft Deutschlands nicht zu verzagen. Nach dem Besuch im Landtag fand im Staatsministerium ein Empfang der Presse statt, an dem zahlreiche Pressevertreter aus dem Lande teilnahmen. In seinen kurzen Ausführungen ersuchte der Reichskanzler um Unterstützung der Abwehrpolitik, die nicht von der Regierung gemacht, sondern durch die Einmütigkeit des Volkes hervorgerufen worden sei und die auch überall Zustimmung finde. Er versicherte noch, daß, was begonnen worden sei, auch fortgesetzt werde, als eine rein sachliche, rein auf das Interesse des Vaterlandes eingestellte Politik, unterstützt durch den Willen des gesamten Volkes.

Stuttgart, 23. März. (W. T. B.)

Reichskanzler Dr. Cuno, der [illegible] das Wort ergriff, erinnerte zunächst an seinen Münchener Besuch. Er habe dort ganz offen mit Angehörigen aller Stände, Klassen und Parteirichtungen gesprochen. Gewiß seien Schattierungen der Einstellung auch in grundsätzlicher Art vorhanden, aber überall habe sich Verständnis dafür gefunden, daß die Zeiten zu ernst sind, als daß man jetzt im Innern Meinungsverschiedenheiten auskämpfen und das Auge nicht auf das eine große Ziel der Wiederbefreiung unseres Volkes und Vaterlandes vom fremden Joch richten sollte. (Beifall.) **Diese einmütige Einstellung, die gedeckt wird durch die bayerische Staatsregierung, mit der die Regierung des Reiches in vollstem Einvernehmen arbeitet, finde ich auch hier bei Ihnen auf das eindrucksvollste bekundet.** Ich weiß, daß hier in Württemberg das Verhältnis zum Reiche als festbegründet von jeher betrachtet und gepflegt wird. Dieser Zusammenhang von Nord und Süd gibt uns in Berlin, dem vielgeschmähten, neue Kraft. Stärke und Entschlossenheit, unbeirrt den Weg weitergehen, den die Politik der Reichsregierung in vollstem Einverständnis mit allen Volksschichten, besonders auch mit der sofortigen praktischen Einstellung desjenigen Volksteils eingeschlagen hat, der Gut und Blut, Gesundheit und Freiheit im täglichen Abwehrkampf mit dem Feinde aufs Spiel setzt. (Beifall.) Dankbar und bewundernd müssen wir der Männer und Frauen gedenken, auch in Taten, indem wir alles tun, was ihr Los erleichtern kann.

Und können wir den Männern und Frauen an Ruhr und Rhein die Opfer zumuten, die sie tragen, und können wir unseren Volksgenossen im unbesetzten Deutschland zumuten, daß sie ihre Sonderinteressen für dieses große Ziel zurückstellen? Wir können dies nur, wenn wir in uns, vor unserem Gewissen und unserem Gott die Ueberzeugung haben, daß wir alles getan haben, was geschehen konnte, um dieses Unglück von unserem Vaterlande abzuwälzen (Bravo.) Haben wir diese Ueberzeugung, sind wir reinen Gewissens in dieser grundsätzlichsten aller Fragen? Was ist geschehen, um abzuwenden, was sich jetzt an Rhein und Ruhr abspielt? Sie wissen es, aber lassen Sie mich kurz nochmals ins Gedächtnis zurückrufen, wie der Gang zu der Ruhr- und Rheinpassion des deutschen Volkes gewesen ist. (Der Reichskanzler zählt noch einmal die Reparationsangebote auf, die Deutschland gemacht hat, und erwähnt schließlich auch das Angebot für die politische Sicherheit Frankreichs.)

Dr. Cuno (fortfahrend): Die Antwort auf alle diese Angebote war ein Nein, war mehr als ein Nein, war der frevelhafte und rechtswidrige Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, und waren, als Rückwirkung der Ruhraktion, die rechtswidrigen Eingriffe in die Rheinlande, in die Pfalz, in hessisches und badisches Gebiet. Gab es einen Weg noch über das hinaus, was von uns geschehen ist, die Franzosen am Einmarsch oder an der Besetzung der Ruhr zu hindern? Konnte ein Mann, der ehrlich und anständig seinen Namen vor der Welt unbefleckt erhalten will, mehr anbieten als er leisten kann? Konnte er dem eigenen Volke und Lande zumuten, was mit Aufrechterhaltung der Souveränität und der Freiheit unvereinbar wäre? Ich glaube es nicht, jedenfalls würde ich es nicht tun können. (Bravo!) So ist der Schluß berechtigt, daß wir vor uns selber und vor der Welt ein gutes Gewissen haben, und daß für uns nur der zweifache Weg übrig blieb, entweder den anderen zu sagen: Du hast das Rheinland besetzt, nun besetze Ruhr und Rhein und bediene dich der Hilfsquellen, die dort für unser Wirtschaftsleben die Lebensader und das Herz bedeuten, oder ihm zu sagen: Nein, wir wollen nicht, daß deutsches Land und deutsches Eigentum von erpresserischer Hand angefaßt wird. Zwar sind wir waffenlos und können nicht die Antwort geben, die nach Völkerrecht als verdient gelte, aber wir werden keine Hand für diesen Feind rühren, was immer in dem widerrechtlich besetzten Gebiet unternehmen mag. (Bravo.) So sehen wir, mit welcher Vorsicht unsere Politik eingestellt war, bevor die Ruhr besetzt wurde, und wie auch nachher alles vermieden wird — es muß vermieden werden — was eine unbesonnene Antwort auf das feindliche Eindringen wäre. Aber daran müssen wir festhalten, daß dieser passive Widerstand, wie er sich aus dem Volke heraus entwickelt hat, nicht auf Befehl oder Organisation der Berliner Regierung, mit allen Mitteln zum Leben bleibt, bis wir am Ende dieses schweren und langen Weges sein werden.

Der passive Widerstand in der Art, in der er geleistet wird, ist unwiderstehlich, wenn die Voraussetzungen für seine Weiterführung so gesichert sind wie heute. Es gibt kein Mittel und keine Waffe, die die verschränkten Arme des Bergmanns wie des Eisenbahners zur Tätigkeit bringen könnte. Es kommt nun noch auf etwas besonders an, nämlich, daß diese Disziplin, diese Selbstzucht, diese moralische Stärke, die uns die Ruhr- und Rheinbevölkerung Tag für Tag zeigt, auch übertragen wird auf uns alle im unbesetzten Gebiete. Wer die innere Ordnung stört, indem er unbesonnen handelt, von welcher Seite es immer kommen mag, vergeht sich am Vaterlande. (Sehr richtig.)

Wir können nur, wenn wir diesen geraden Weg weitergehen, zum Ziele kommen, und wir werden zum Ziele kommen. (Bravo.) Nun fragen Sie, wie wird die dritte Phase aussehen, **wie wird das Ende sein,** und wann wird es kommen? Ist Aussicht vorhanden, daß es bald kommt und daß es glücklich ist? Die Antwort darauf ist sehr einfach. Wir wissen, daß, wenn wir diesen Weg verlassen und zurückgehen, daß in dem Augenblick, in dem wir uns den anderen unterwerfen, es um Deutschland, das deutsche Volk und seine Freiheit geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man fragt: Wann sind Verhandlungen möglich?, so frage ich: Haben wir nicht genug Angebote nach Frankreich gesandt? Sollen wir ein Angebot geben, mit dem wir mehr, etwas ganz anderes als bisher, nämlich die Souveränität des Reiches, die Unantastbarkeit der Länder an Rhein und Ruhr, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zum Opfer bringen würden?

Das wäre nichts anderes, als Unterwerfung. Ein solches Angebot wird dieses Kabinett nicht machen. (Stürmischer Beifall.) Ich habe gestern in München gesagt, daß die Verhandlungen, die eintreten sollten, von der vorbehaltlosen Räumung der Ruhr ausgehen müßten. Ich denke, wir können die Waffe des passiven Widerstandes nicht niederlegen und aus der Hand geben, wenn das nicht auch der Gegner tut. Aber was bisher uns von der Gegenseite entgegenklang, lautete nicht so, als ob wir bald darauf rechnen könnten, zu einem Ende zu kommen. Es ist jetzt nicht an der Zeit, in großen Reden täglich Hurrastimmung und einen lauten, brausenden Patriotismus hervorzurufen. Der beste Patriot ist der, der in der heutigen Zeit die ganze Schwere der Verantwortung erkennt und sich einheitlich einstellt auf die glückliche Durchführung der Abwehr an Ruhr und Rheine, nicht in lauten Worten, sondern in ehrlicher Arbeit. Der Weg wird nicht leichter werden. Stellen wir das Volk auf diese Stimmung ein, dann ist es besser, ihm zu sagen, daß es noch lange dauern wird, es ist besser, uns schließlich durch eine frühere Beendigung überrasche zu lassen, als daß unser Atem auch nur um 5 Minuten zu kurz sein würde. (Sehr richtig). Behalten wir unsere Nerven, denn wir wissen, daß wir nicht anders handeln konnten!

Der Reichskanzler betonte, daß die hier gefundene Empfindung des Vertrauens und der Liebe zum Vaterlande der Reichsregierung treue und helfende Begleiter sein würden auf dem Wege zur weiteren Arbeit und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Württemberg und Deutschland. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Reichskanzler verweilte bis nach 8 Uhr im Handelshof in lebhafter Unterhaltung mit zahlreichen Herren. Als er zum Bahnhof fuhr, wobei ihm der Staatspräsident Dr. Hieber das Geleit gab, wurde er von einer großen Menschenmenge wiederum freundlich begrüßt. Die Rückfahrt nach Berlin erfolgte mit dem Zug 8 Uhr 17 Minuten.